

Antragsbereich A / Antrag A8

AntragstellerInnen: AfA-Landesvorstand Bayern

Empfänger: Bundesparteitag

A8: Rechtsextremismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Betrieben bekämpfen

Antragsteller: AfA-Landesvorstand Bayern

Adressat: AfA-Landeskonferenz, AfA-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

10 **Rechtsextremismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Betrieben bekämpfen**

15 Die AfA-Landeskonferenz möge Beschließen:

Das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aus dem Innenministerium ist zu erhalten und finanziell aufzustocken.

20 Das Förderprogramm „betriebliche Demokratiebildung fördern“ des BMAS wird über das Jahr 2025 hinaus erhalten und finanziell aufgestockt.

Weitere Fördermöglichkeiten für den Kampf gegen Rechts in Betrieben – z.B. für Sozialpartner*innen, Pausenräume, etc. müssen geprüft, etabliert und idealerweise institutionalisiert werden.

25

Begründung:

30 Demokratieförderung in den Betrieben ist essenziell, um rechtsextreme Tendenzen aufzufangen und zu minimieren. Auch in den Betrieben wird rechtsextremes Gedankengut geteilt und gesellschaftstauglich gemacht. Betriebsrät*innen, Angestellte, Arbeitgeber*innen, etc. brauchen Handwerkzeug an die Hand, um rechtsextremen Tendenzen am Arbeitsplatz die

35 Stirn bieten zu können.

Förderprogramme auslaufen zu lassen, wie „betriebliche Demokratiebildung fördern“ ist kontraproduktiv.

40 **Begründung**

Die AfA-Landeskonferenz möge Beschließen:

Das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aus dem Innenministerium ist zu erhalten und finanziell aufzustocken.

45

Das Förderprogramm „betriebliche Demokratiebildung fördern“ des BMAS wird über das Jahr 2025 hinaus erhalten und finanziell aufgestockt.

50 Weitere Fördermöglichkeiten für den Kampf gegen Rechts in Betrieben – z.B. für Sozialpartner*innen, Pausenräume, etc. müssen geprüft, etabliert und idealerweise institutionalisiert werden.

Begründung:

55 Demokratieförderung in den Betrieben ist essenziell, um rechtsextreme Tendenzen aufzufangen und zu minimieren. Auch in den Betrieben wird rechtsextremes Gedankengut geteilt und gesellschaftstauglich gemacht. Betriebsrät*innen, Angestellte, Arbeitgeber*innen, etc. brauchen Hand-
werkzeug an die Hand, um rechtsextremen Tendenzen am Arbeitsplatz die
60 Stirn bieten zu können.

Förderprogramme auslaufen zu lassen, wie „betriebliche Demokratiebildung fördern“ ist kontraproduktiv.